

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

172 (26.7.1932)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10erpolare Millimeterzeile kostet 12 P. ...

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern ...

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, wöchentlich 38 Pfg. ...

Nummer 172 Karlsruhe, Dienstag, den 26. Juli 1932 52. Jahrgang

Volk, rechne ab!

31. Juli Mit dem privatkapitalistischen System. — Mit den großkapitalistischen Volksverderbern. Mit den reaktionären Staats- und Volksfeinden. — Mit den Junker-, Militär- und Adelsparteien. — Mit der Nazi-Partei.

1918 Die Nazi-Sobenzollern hinterließen 95 Milliarden Kriessanleihe ...
1919 Das ausgemerkte Volk sollte jährlich 6 Milliarden Kriessanleihe ...
1920 So kam die Inflation, mit ihr fielen die Spekulanten über uns her. ...
1921 Hugo Stinnes schob die deutsche Industrie, Schifffahrt, Banken und Hotels ...
1922 Die Herren Bankdirektoren machten immer mit. ...
1923 Fremde Militär hielt die Ruhr besetzt, Separatisten zerrten am Rheinland. ...
1924 Was tat damals Hitler? Er machte in Bayern zur Freude des französischen ...
1925 Mit wieder weltbekanntlicher Währung begann ein neuer privatkapitalistischer ...
1926 Der Reichsbankpräsident Schacht verbot den Kommunen, für öffentliche Aufgaben ...
1927 Auch der evangelisch-christliche Deutscher Konzern pumpt im Aus- ...
1928 Die deutschen Industriellen wollten Vollrationalisierung: viele Maschinen und mög- ...
1929 Die freie Herrschaft der Unternehmer über geborgenes Kapital und der ...
1930 Die chemische Industrie verkaufte ihre deutschen Patente in alle Welt. ...
1931 Alle Waren und ihre Preise wurden durch Kartelle und Syndikate, „plan- ...

1931 Die Privatkapitalisten, ohne Ausweg, schrien nach Staatshilfe. ...
Die Länder und Gemeinden wurden von den Privatkapitalisten ebenfalls nach Strich ...
Wie wollen die Nationalsozialisten diese Karre aus dem Dreck ziehen? ...
Dem „schaffenden“, blonden schwedischen Kapitalisten Kreuzer inbetreff die ...
1932 Seit dem 1. Juni regiert das Kabinett von Papen — von Schleicher. ...
Was hat diese Regierung, die auf unparlamentarischem Wege, getragen von der natio- ...
Sie hat zunächst durch die brutale Kürzung der Unterführungen und Renten in der ...
Sie hat die von der Regierung Brüning geplante, vom Reichstag beschlossene Ar- ...
Auf dem Gebiet der Handelspolitik hat der Reichsernährungsminister ein großes Pro- ...
Die Zwischenbilanz von acht Wochen Freierrennerei spricht auf wirtschaft- ...
Die Partei des Haken- und Schandkreuzes: Mit Kapitalistengebern großgepöppelt, fiel die Nazi-Partei den kämpfen- ...
Der Hitler-Putsch von 1923 rötete das Münchner Pfaster mit dem Blute deutscher ...
Rechne ab, deutsches Volk! Während die Sozialdemokratie mit der Entente ...
Die Deutschnationalen sind reaktionäre Schädlinge, aber sie sind es offen und ...
107 Nazi-Abgeordnete saßen nach den Reichswahlen von 1930 in den Reichs- ...
Fünf Milliarden Auslandskredite wanderten infolge des Nazifuges aus ...

Weltkrieg, Zusammenbruch, sinnlose Putsche gegen die Republik, grauenhafte Arbeiter- morde, Käuflichkeit und Korruption. Verrat an Deutschland, Verrat an Südtirol, Ver- rat am Volke. blöde Liebedienerei vorm Ausland — das alles gehört zum Sünden- konto der Hitlerpartei und ihrer Führer! Volk rechne ab!

Staatsgerichtshof für Papenkreuz

Wer konnte vom Reichsgericht auch etwas anderes erwarten

Der Staatsgerichtshof hat am Montag den Antrag der von der Papenregierung für abgelehnt erklärten Regierung auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückgewiesen.

Es soll Optimisten gegeben haben, die vom Staatsgerichtshof einen anderen Spruch erwartet haben, die geglaubt haben, daß der Staatsgerichtshof im Wege der einstweiligen Verfügung wenigstens gewisse Dinge regeln werde, die so, wie sie heute sind, die Unhaltbarkeit des durch die Einsetzung des Reichskommissars geschaffenen Zustandes ganz klar hervortreten lassen, so unter anderem die Frage der Vertretung Preußens im Reichsrat. Diese Optimisten haben durch den Spruch des Staatsgerichtshofes eine Enttäuschung erfahren. Wir glauben nicht, daß die sozialdemokratischen Arbeiter zu diesen Optimisten gehört haben. Sie wissen seit Laßalle, daß wenn die Reaktion die tatsächliche Verfassung zu Ungunsten der Arbeiterschaft ändert, der Arbeiter selbst das Seine dazu tun muß, um die tatsächliche Verfassung dann wieder auf den Boden der Freiheit und der Demokratie zurückzuführen. Die sozialdemokratischen Arbeiter wissen, daß sie selbst in ihrer Masse den Staatsgerichtshof bilden müssen, und daß es ihre Aufgabe ist, die Masse so klar, so bewußt und mächtig in die Erscheinung treten zu lassen. Das ist die Aufgabe des 31. Juli!

Die Umgestaltung der tatsächlichen Verfassung, der gegenrevolutionäre Wechsel des Systems in Preußen ist erfolgt durch die Macht. Die preußische Staatsregierung Braun-Severing hat dagegen die Stimme des Rechts erhoben. Sie hat vom Staatsgerichtshof Recht gefordert gegen die Macht. Danach hatte der Staatsgerichtshof zwei aufeinanderfolgende Entscheidungen zu treffen. Zunächst eine Entscheidung über eine einstweilige Verfügung, die den Reichskommissar in der Anwendung der Macht hemmen sollte, dann die grundsätzliche Hauptentscheidung darüber, ob das Vorgehen des Reichs in Preußen verfassungsmäßig sei.

Der Staatsgerichtshof hat die erste Entscheidung gefällt und den Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen das Reich abgelehnt. Das bedeutet, daß der Staatsgerichtshof bis zu seiner Hauptentscheidung die durch den Gebrauch der Macht gegebene Regelung der Dinge tatsächlich anerkennt. Er will nicht von sich aus eine andere Regelung der Dinge bewirken, er erklärt, daß er einen anderen Weg, um den von den Antragstellern vorgetragene Beschwerden abzuwehren, nicht zu gehen vermöge. Der Sinn dieser Entscheidung ist: Es hat in Preußen zunächst zu bleiben, wie es das Reich gewollt hat. Im politischen Machtkampf schweigt zunächst die Stimme des Rechts. Der tatsächliche Zustand, wie er jetzt in Preußen besteht, bleibt. Es ist nun das lebendige Merkmal dieses Zustandes, daß er auf Macht basiert, aber nicht oder noch nicht auf legalisierter Macht. Darum bleiben alle Unklarheiten, alle Gewissenskonflikte der Beteiligten, alle Reibungswiderstände in der Verwaltung, es bleibt die tiefe Unruhe der Bevölkerung.

Wie lange soll dieser Zustand andauern? Der Präsident des Staatsgerichtshofes hat die Öffentlichkeit vor den Augen der Nation beharrt, daß die Entscheidung zur Hauptfrage in wenigen Tagen fallen könne. Allein die Frist, die dem Reich zur Einreichung von Erklärungen gegeben ist, gilt bis zum 5. August. Das endgültige Urteil des Staatsgerichtshofes in der Hauptsache wird also erst gegen Mitte August erfolgen.

Die wesentlichen politischen Entscheidungen werden also vorher fallen. Die Wahlentscheidung vom 31. Juli und die Entscheidung darüber, welche Konsequenzen die gegenwärtigen Machtverhältnisse aus dem Ergebnis der Wahlen zu ziehen bedeuten. Es könnte sein, daß der Spruch des Staatsgerichtshofes, der heute von größter Bedeutung sein könnte, im Augenblick wo er gefällt wird, nicht mehr viel praktische Bedeutung hat.

Der Verlauf der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof am Samstag hat gezeigt, was ist. Die Vertreter Preußens und die beiden klageführenden Landtagsfraktionen haben mit ausgezeichneten verfassungsrechtlichen Gründen gekämpft, sie haben sich auf das Gutachten erster Autoritäten im Staatsrecht gestützt. Der Vertreter des Reiches hat diese Kämpfe nicht aufgenommen. Er hat gezeigt, daß die gegenwärtigen Machtverhältnisse im Reich die Macht in die Waagschale werfen. Er hat keinerlei Beweismaterial für das Vorgehen in Preußen ausgebreitet. Er hat nicht zu beweisen versucht, im Gegenteil die preußische Staatsregierung ihre Pflicht zur Bekämpfung einer staatsfeindlichen Partei vernachlässigt habe, keinerlei Beweise vorgelegt für die Behauptungen und Anschuldigungen, die gegen die höchsten preußischen Funktionäre geschleudert worden sind. An die Stelle der Beweise tritt die Macht, was tatsächlich einen neuen Zustand geschaffen hat. Indem die Staatsregierung unter dem Vorbehalt einer künftigen grundsätzlichen Entscheidung sich dieser Macht beugt, hat er die Idee des Rechtsstaates — die eine bürgerliche Idee ist — einen schweren Stoß verleiht.

Macht hat verschiedene Erscheinungsformen, Machtentfaltung kann in verschiedenen Formen erfolgen. Wie der Machtentfaltung der gegenwärtigen Machtverhältnisse im Reich erfolgt ist, haben wir erlebt, unser Machtentfaltung dagegen ist anderer Natur. Er besteht in der Sammlung und Vereinhaltung ihres Willens. Diesen Machtentfaltung unterwerfen wir einer ersten Probe bei der Wahl am 31. Juli.

Papen-Barone im Überwachungs-Ausschuß

Berlin, 25. Juli (Eig. Draht). Der Überwachungs-Ausschuß des Reichstages hat am Montag alle Anträge auf Aufhebung der gegen das Land Preußen gerichteten Notverordnungen, die Notverordnung wegen der SS. und der Uniformen, sowie wegen der Eingriffe in die Polizeibehörde der Länder angenommen. Die Vertreter des Zentrums erklärten, daß ihre Abstimmung nur ein Erlaß an die Reichsregierung darstelle, Sozialdemokraten und die übrigen Parteien seien in den Beschlüssen darüber hinausgehend eine Rechtsverpflichtung im Sinne des Artikels 48 der Reichsverfassung. Diese Meinungsverschiedenheit ändert nichts daran, daß die bisherigen politischen Maßnahmen der Reichsregierung im Überwachungs-Ausschuß die schärfste Verurteilung gefunden haben.

Mit der Annahme der Anträge hat die Opposition gegen das Kabinett Papen einen großen moralischen Erfolg erzielt. Zunächst wurde die Reichsregierung zu dem Erscheinen vor dem Ausschuss gezwungen. Dort pünktlich erschienen, vertat sie, daß der Ausschuss für Entscheidungen nicht zuständig sei. Der Ausschuss beschloß das

In der Wahlnacht!

Putsch oder Ultimatum?

Wenn Rechtsmehrheit der Kronprinz Reichskanzler - Wenn keine Rechtsmehrheit Ultimatum an Papen-Regierung - Gewinnung Berlins Verhaftung sozialdemokratischer Führer

Die bekannte Korrespondenz WPA, die sich bisher stets als ausgezeichnet informiert über die Vorgänge innerhalb der Nazi-Partei erwiesen hat, bringt Meldungen, die mit ähnlichen eines englischen Blattes übereinstimmen. Sie behandeln die Pläne, die die Nazis sofort nach Bekanntwerden des Wahlausfalles hegen sollen. Wir geben die Meldungen mit dem Vorbehalt wieder, daß die Verantwortung die oben genannte Korrespondenz zu tragen hat.

Nachträglich wird von der Gauleiter-Konferenz der NSDAP, die kürzlich unter dem Vorsitz Hitlers in München stattfand, gemeldet, daß u. a. der politische Beauftragte Hitlers erklärt hat, es wären für die Zeit nach dem 31. Juli folgende beiden Möglichkeiten gegeben und vorbereitet:

1. Die Reichstagswahlen ergeben eine Mehrheit für die Rechte (NSDAP), Deutschnationale und bürgerliche Splitter). Dann wird sofort eine neue Regierung unter Beteiligung der Nationalsozialisten und unter dem früheren Kronprinzen als Reichskanzler gebildet; Hitler selbst würde jedoch nicht in diese Regierung eintreten, sondern die Leitung der Partei behalten. Diese neue Regierung würde fürs ganze Reich den Ausnahmezustand erklären und bestimmte Teile der Reichsverfassung außer Kraft setzen. Es wird sofort eine verfassunggebende Nationalversammlung gewählt;

die Stimmabgabe soll eine öffentliche und kontrollierte sein.

Bis zur Beendigung der Arbeiten dieser Nationalversammlung wird das parlamentarische System ausgeschaltet sein. — Der politische Beauftragte Hitlers erklärte hierzu, daß er zu diesem Plan der Unterstützung, nicht nur der Willkür und der Neutralität des „mächtigsten Mannes der Papen-Regierung, des Generals von Schleicher“ fähig sei.

2. Die Reichstagswahlen ergeben keine Mehrheit für die Rechte. Sobald in der Nacht vom 31. Juli zum

1. August dieses Ergebnis feststeht, wird Hitler an die Regierung Papen ein Ultimatum stellen, sofort die Reichsmehrheit und die SS. zur Übernahme der Macht aufzurufen; es sei auf das Bestimmteste damit zu rechnen, daß die Reichsregierung diesem — wie erklärt wurde — nicht unerwünschten Druck weichen wird. Im übrigen seien die Maßnahmen der NSDAP, heute bereits fast genau, um es auf eine Kraftprobe ankommen lassen zu können.

Dieser zweite Fall sei in allen Einzelheiten vorbereitet. Kraftwagen- und Luftzuglatten sind für das ganze Reich, vor allem für eine etwa erforderliche Zentrierung Berlins organisiert.

Die in der Nacht zum 1. August ausschlagende „Profession“ liegt bereits vor und die SS-Führer, die zur Befehlsgebung der staatlichen Gebäude, der Rundfunkstation, der Flugplätze, der Eisenbahnhofsstationen usw. bestimmt sind, hätten ihre Ordere erhalten. Schließlich seien besondere Trupps ausgesandt zur Verhaftung der Führer der SPD, der Eisernen Front und der Gewerkschaften, damit mit einem einzigen Schläge diese Organisationen lahm gelegt werden.

Wir bemerken hierzu folgendes: die vorstehende Meldung liegt uns in dieser Form seit vierzehn Tagen vor. Wir haben bisher geglaubt, von ihrer Veröffentlichung Abstand nehmen zu sollen; inzwischen hat jedoch die Entwicklung der Dinge im Reich dieselbe von uns geäußerte jede Berechtigung entzogen.

Dies gilt umso mehr, als wir bereits am 7. Juli (1) die Einzelheiten der inzwischen durchgeführten und auf Verlangen der Hitlerpartei inszenierten Aktion gegen Preußen zu melden uns verpflichtet haben. Es erfolgte zwar — wie immer in solchen Fällen, in denen der eine Vertragspartner vorzeitig aus der Schule plaudert — prompt ein Dementi der zuständigen Stellen; dieses Dementi hat jedoch die mit der NSDAP getroffenen Vereinbarungen und bestehenden Verpflichtungen nicht aus der Welt zu schaffen vermocht.

Eiserne Front marschiert

Gewaltige Massenkundgebungen / Die Vorbereitung des 31. Juli

Breslau, 25. Juli (SP.). Die Eisernen Front veranstaltete am Sonntag drei Riesenkundgebungen, von denen zwei wegen Überfüllung polizeilich geschlossen werden mußten. Neben waren Eisler, Wien, der dem Reich zur Verfügung stehende Regierungspräsident Dr. Simon-Wiegand und der gewaltigste seines Amtes enthobene Berliner Polizeipräsident Gezeinski.

Gezeinski begann seine Ausführungen mit der Feststellung, daß das Vorgehen der Reichsregierung gegen Preußen von führenden Staatsrechtlern als verfassungswidrig bezeichnet worden sei. Der Haß gegen die sozialistischen Beamten erklärte sich daraus, daß sie sich weigerten, die Naziforderungen mit anderem Nachdruck zu stellen als die Kommunisten. Vielmehr sei es gewissen Sorgenfalten auch Witz gemein, daß sie angeblich einer wirklich republikanischen Polizei nicht ihren Staatsstreik im Stillen vorbereiten konnten.

„Wir haben durchaus nicht den Wunsch, eine unter Gewaltmaßnahmen wieder in unsere Ämter zu gelangen. Wir lassen uns nicht provozieren und uns auch nicht den Zeitdruck von der Gegenseite vorschreiben, an dem wir handeln werden. Man verneht jetzt in Deutschland, die Anhänger einer Millionen-

partei als Menschen zweiter Klasse zu behandeln. Die Herren, die jetzt Sturm lären, werden einen Orkan ernten. Die Eisernen Front hält Disziplin. Aber nimmermehr werden wir uns unter demokratischen Regime nehmen lassen!“

Köln, 25. Juli (SP.). In der gewaltigen Rheinlandhalle die von Tausenden und aber Tausenden bis auf den letzten Platz besetzt war, veranstaltete die Eisernen Front am Sonntag eine mächtige Kundgebung gegen die Gewaltaktion der Reichsregierung gegen Preußen. An den Urheber dieser Aktion, Herrn v. Papen, wurde ein Telegramm geschickt, in dem unter Hinweis auf die in der letzten Zeit in Köln durch die Nazis gemordeten neun Personen das sofortige Uniformverbot und die Schließung der Dienststellen vor den Reichsbehörden gefordert wurde.

Auch an Braun und Severing wurden Telegramme geschickt. Mit unbeschreiblichem Jubel wurde der seines Amtes enthobene Polizeipräsident Baunack begrüßt und immer wieder aufgefordert, zu sprechen. Baunack forderte dann schließlich unter höchstem Beifall der Versammelten auf, am 31. Juli und auch nachher alles daran zu setzen, die verloren gegangenen Positionen wieder zurückzuerobern.

Angestellte! Kampfstellung!

für Freiheit, gegen Unterdrückung

Am Samstag tagte in Berlin der Vorstand und Ausschuss des Abwärtens. Die 15 angeschlossenen Verbände waren im Hinblick auf den Gesamtstand der Tagesordnung vollständig durch ihre Vorsitzenden vertreten. Der Bundesvorsitzende Aufhäuser berichtete über die politische Lage. Aus der sehr eingehenden Diskussion war zu entnehmen, daß in den angeschlossenen Verbänden und in den örtlichen Kartellorganisationen die denkbar stärkste Aktivität herrscht, und die Mittelbediensteten entschlossen sind, jedem Ruf ihrer Gewerkschaften unbedingt Folge zu leisten. Die Aufhebung des Bundesauschusses fand in der nachstehenden Rundbesprechung ihren Niederschlag.

Der Kampf des „neuen Systems“ gegen den nachkriegsseitigen deutschen „Wohlfahrtsstaat“ hat auf der ganzen Linie eingeleitet. Die Notverordnung vom 14. Juni kommt einer Zerstückelung des sozialen Angestellten- und Arbeiterschutzes, der Aufhebung einer wirklichen Volkswohlfahrt gleich. Durch die Vernichtung der Demokratie sollen die Massen der Notleidenden, die Opfer eines unfähigen Wirtschaftssystems in ihrem Abwehrkampf entmannt werden. Zur Wirtschaftskrise wurde auch noch die Staatskrise herbeigeführt. Das nachkriegsseitige Deutschland ist nicht nur als so-

zialer Wohlfahrtsstaat, sondern auch als Rechtsstaat aufs Schwereste erschüttert worden.

Die Hauptverantwortlichen für die Angriffe auf die vitalsten Volksrechte, die Nationalsozialisten, drängen nach brutaler Natur noch vor dem 31. Juli. Sie fürchten das Volksergebnis bei der Reichstagswahl. Die Freien Gewerkschaften sind indes nicht bereit, sich provozieren zu lassen. Ansehnliche Arbeiter und Beamte werden sich darauf verpflichten, der Reaktion auf den Gewaltsturz vom 20. Juli am Tage der Reichstagswahl zu antworten.

Der Abwärtensauschuss ist sich aber auch bewußt, daß die große Auseinandersetzung zwischen den schaffenden Volksträften und dem an der Staatsmacht befindlichen dünnen Herrenschicht mit dem 1. August nicht abgeschlossen sein kann. Die Freien Gewerkschaften sind auf Kämpfe von längerer Dauer gerüstet. Sie sind entschlossen, ihre ganze organisatorische Kraft für die Befreiung der Arbeiterschaft vom Kapitalismus und Faschismus einzusetzen. Zunächst muß der 31. Juli die große Herrschaft der in der Eisernen Front vereinigten Kräfte aller Kopf- und Handarbeiter werden. Der Sieg der Eisernen Front am 31. Juli und die höchste Bereitschaft der Freien Gewerkschaften verbürgen den sozialistischen Aufbau und die Freiheit

Gegenteil und wenn die Regierung geglaubt haben sollte, daß Schweigen von Stärke zeuge, so hat sie sich wohl selbst in den Verhandlungen widerstrebend davon überzeugen müssen, daß ihre zahlreichen Mißerfolge eindeutig dagegen sprachen. Jedenfalls haben die Anträge des Abgeordneten Dr. Reichsheim und die der Abg. Wehmann (Ztr.) und Dr. Fleeger (Bayer. Volkspartei) schließlich den Herrn Reichswehrminister v. Schleicher zu einer Rede veranlaßt, die nicht gerade davon überzeugte, daß die Reichsregierung auf ihre bisherigen Taten stolz ist. Man kann jedenfalls das Eine als unbestreitbar feststellen: Nie ist eine Regierung im Reichstag so scharfen Angriffen ausgesetzt gewesen und nie hat eine Regierung sich weniger und schlechter zu verteidigen gewußt als die letzte.

Auch die Anträge auf Aufhebung der wirtschaftlichen Notverordnung vom 14. Juli wurden angenommen. Allerdings enthielt sich das Zentrum der Abstimmung. Es wurde ein Zentrumsantrag beschlossen, der die Regierung um Befreiung der Dürren erbat. Dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses wurde schließlich

nach das Recht zugesprochen, den Ausschuss wieder zu berufen, jedoch er keinen Zusammentritt für erforderlich hält.

Aufhebung des Ausnahmezustandes

NS. Berlin, 26. Juli. Wie wir erfahren, ist die Aufhebung des Ausnahmezustandes nunmehr bestimmt für den heutigen Dienstag zu erwarten. Es heißt sich, daß das Reichstagskabinett beschließen hat, dem Reichspräsidenten einen entsprechenden Beschlus zu machen.

Bayerische Volkspartei und § 48

München, 25. Juli. (Eig. Draht). Die bayerische Volkspartei kündigt den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Artikel 48 der Reichsverfassung an. Sie werde dafür sorgen, daß der Reichspräsident diese Vorlage vorfindet, daß er sich ihr nicht widersetzen kann.

Die wahren Patrioten

Von Paul Löbe, Präsident des Reichstags

In den infamsten Formwörtern, die dem Gebete nationalsozialistischer Zuhörer entflohen, gehört der von der mangelnden Vaterlandsliebe der Sozialdemokraten.

Im Munde der Faschisten ist jeder Jüngling, der in der selben Uniform umherläuft, ein deutscher Held. Die große Masse der sozialdemokratischen Arbeiter aber sind Kriegsveteranen, Deserteure, Vaterlandsverräter.

So wenig wir gewillt sind zu verbergen, daß wir den Krieg wie die Pest hassen, so sehr wir unsere Arbeit für den Völkerrfrieden setzen und jede Stunde fortsetzen, so energisch wollen wir aber auch den Heuchlern, die obige Formwörter erheben, auf den Mund klopfen. Deshalb muß gegenüber den Renommisten der Nazis immer wieder festgesetzt werden:

Als Herr Dr. Frid wohlgeborgen in Birmlens lag — fiel bei dem Stille der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Franke. Er und der Beste, Herr von Weidem, blieben die einzigen Kriegsveteranen aus dem Reichstagswahltag, in dem sehr viele Patrioten saßen.

Als Herr Dr. Goebbels und Herr Dr. Kelenberg wohlgeborgen ihrem Studium oblagen — fielen draußen die beiden Söhne Eberts, der Sohn des Genossen Otto Braun.

Als Herr Feder, Herr von Reventlow, Herr Kube mit journalistischen Arbeiten zu Haus beschäftigt waren — taten fleißig Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des aufgelösten Reichstags ihre Pflicht als Soldaten und viele kehrten verwundet heim.

Als viele, die heute „Deutschland erwache“ schreien, noch in den Wäldern lagen, sind Hunderttausende von Söhnen deutscher Sozialdemokraten gefallen, haben die Väter von Hunderttausenden anderer ihr Leben gelassen, die heute in unseren Reihen stehen.

Sahen die Anhänger der Sozialdemokratie trotz ihrer Kriegsgewerkschaft im Kriege ihre Pflicht getan, so trifft das Gleiche für die Partei im Frieden zu.

Der Abstimmungsstempel in der zweiten und dritten Zone Schlesiens wurde gewonnen unter der von allen Parteien anerkannten Führung des Sozialdemokraten Dr. Köster.

Über die Abstimmung in Ostpreußen hat Herr von Gans selbst behauptet, daß Deutschlands ärmster Sohn sein getreuester war.

In Ostpreußen haben nicht nur die freien Gewerkschaften und Sozialdemokraten, sondern auch die Kommunisten, was allgemein festgestellt wurde, das Ihre getan, um das Verbleiben der Provinz bei Deutschland herbeizuführen.

Der Kampf an Rhein und Ruhr zur Zeit der Besetzung und Separatistenputze — war bei ihm in erster Linie geführt: Eisenbahner, Bergleute, Gewerkschaftler, Angestellte, kleine Beamte, die zum großen Teil zur Sozialdemokratie bekannt und sich dabei unter der Führung der Sozialdemokratie stellten.

In allen diesen Fällen waren wirkliche Opfer zu bringen, tief der Eine wirkliche Gefahr.

Das ist das Wesentliche der Frage: ob man dem Vaterland mit dem Maul gedient oder mit der Tat, ob man für sein Land Leben opfert oder ob man sich von ihm tragen läßt.

Bei dieser Gegenüberstellung wird die Sozialdemokratie in Krieg und Frieden, im Kleinen und im Großen den Verrätern ausstellen — auch im November 1918, an dem andere Leuten den Scheiterhaufen liegen ließen, den sie angerichtet hatten und nach Holland oder Schweden, in die Schweiz oder in die entlegeneren Länder verschwand, während die anderen, die national Unversöhnlichen, den Trümmerhaufen aufzuräumen begannen und oberdem die Verantwortung für die anderen übernehmen mußten.

Nicht in punkto Vaterlandspatriotismus, aber in der Dienstbereitschaft an Volk und Vaterland stellt die Sozialdemokratie ihren Mann!

Löbe-Verjammlung gesprengt

Von Nazisanditen

Breslau, 25. Juli (Eia. Draht). Am Sonntag nachmittags sollte in Breslau in Schloß, wo die Nazis schon oft sozialdemokratische Versammlungen gestört haben, eine Wahlkundgebung stattfinden, in welcher der Kandidat des Kreises, Reichstagspräsident Löbe sprechen sollte. Eine halbe Stunde vor Beginn führten 800 uniformierte Nazis, die mit Lastwagen aus der Umgegend zusammengeholt waren, mit dem Rufe: „Ruhe für Ostau!“ in den Saal, um die Dekorationen herunter, warfen die Tische um, zertrümmerten die Pfeilabzeichen und schickerten mit ihren Drohungen die erscheinenden Versammlungsbesucher so ein, daß ein Teil des Lokal Ausschusses verließ, und die Abhaltung der Versammlung unmöglich gemacht wurde. Diefelbe Prozedur wiederholten die Nazis in dem Saal in der Nachbarstadt Bernstadt unter dem Schutz von Reichsbannerleuten aus Oels abgehalten.

Ein Heberfallkommando aus Breslau erklärte, erst eingreifen zu können, wenn „Gewalttätigkeiten“ geschehen.

Sozialdemokraten bei Bracht

Dem Abend zufolge haben die sozialdemokratischen Abgeordneten Weis und Stamper den Bevollmächtigten des Reichstags in Preußen gesprochen, um, wie das Blatt sagt, auf die besondere der Fall in Weidenburg und Bunsau erörtert worden. Dr. Bracht sagte eine Prüfung des Falles zu.

Aus aller Welt

Französischer Präsidentenmörder vor Gericht

Berlin, 25. Juli (Eia. Draht). Vor dem Schwurgericht begann am Sonntag nachmittags der Prozeß gegen den Präsidentenmörder Gerauloff. Der Vorsitz führte der Präsident des Appellgerichts Sigmund, die Anklage Generalstaatsanwalt Guisane. Alle zu dem Prozeß gehörenden Gänge sind von republikanischen Gardes besetzt. Die jede von außen kommende Störung verhindern soll.

Die Anklage gegen Gerauloff lautet auf vorsätzlichen Mord. Bevor in die Verhandlungen eingetreten werden kann, stellt der Vorsitzende Staatsanwalt Gerauloffs, Maître Gérard, den Antrag, daß Sigmund mit Gerauloff verkehren können. Der Vorsitzende des Schwurgerichts erklärt, daß der Antrag der Verteidigung nicht zulässig sei.

Gerauloff beginnt alsdann in unzusammenhängenden Sätzen über das Attentat und seine politische Auffassung zu sprechen. In diesem Augenblick wird er unter dem Namen Kosoi Volksführer genannt, während er unter dem Pseudonym Paul Bréde Bücher ver-

Achtung, Spigel!

Die Bundesleitung des Reichsbanners erhebt scharfen Protest gegen die Verhaftung des Schriftstellers Breuer, hervorgerufen durch falsche Aussagen und Berichte eines nationalsozialistischen Redakteurs und Spigels. Auch der Schutzeverband der Deutschen Schriftsteller hat bei dem Wehrkreiskommandeur von Berlin-Brandenburg sowie bei dem Reichsanwalt gegen die Verhaftung Breuers scharf protestiert.

Dem Spigel und Berichterstatter der nationalsozialistischen Berliner Börsenzeitung war der Eintritt zu der Versammlung, in der Breuer sprach, verweigert worden. Wieselnd hat der Abgewiesene, ein Herr Korodi, man möge ihn doch zulassen, er wolle einen objektiven Bericht für seine Zeitung verfassen. Der Dank war eine Fälligung und Breuer wurde verhaftet.

Ein ähnliches Vorgehen genügt, um den Oberst Heimannsberg nachts aus dem Bett in das Gefängnis zu transportieren. Im Fall Heimannsberg und dem Fall des immer noch nicht entlassenen Majors Entle, war es der Spigel und Denunziant selbst, der dem Major Entle Pläne vorlegte, wie Heimannsberg wieder in sein Amt einzusetzen sei. Diefelbe Räufschmied, ein Schöneberger Nachtmeister Schuhmacher, erstattete darauf den Militärbehörden Anzeige gegen Entle und Heimannsberg.

Industrie und Handel!

Bürger und Bauern!

Mittelstand, Geschäftsleute!

Angestellte, Arbeiter!

Beamte!

Alle Macht Hitler —

Kaputt!

Nazisturm nach den Futterkrippen

So sehen Deutschlands Erneuerer aus

Die neue preussische Staatsführung hat die freigewordenen Stellen der entlassenen Staatssekretäre, Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten einstweilen nur kommissarisch durch beauftragte Beamte verwalten.

Wahrscheinlich soll der 31. Juli abgewartet werden, bis die Herren aus den Braunen Säulern ihre Wünsche erfüllt bekommen. Vor der Wahl zum Hitler, im Interesse des Stimmenergebnisses, noch die Oppositionsmasse anzuhalten. Heute bereits hat eine solche Tag nach der Futterkrippe eingiebt, daß die neue Staatsführung endlich erklären mußte, einstweilen müßten alle Wünsche um Posten und Stellen zurückgestellt werden.

Neue tiefe Verbeugung der Papenkreuzler

Vor den Nazis

Der kommissarische preussische Minister des Innern hat dem preussischen Staatsminister eine Vorlage gemacht, wonach der Befehl des preussischen Staatsministeriums vom 25. Juni 1930 insofern aufgegeben wird als er die Teilnahme von Beamten an der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei verbietet.

Aus dem Nazi-Braunschweig

BR. Braunschweig, 27. Juli. Das Reichsgericht hat der Beschwerde des sozialdemokratischen Volksfreundes gegen das am 19. Juli durch den braunschweigischen Innenminister bis zum 6. August ausgesprochene Verbot dieser Zeitung sowie ihrer drei Kopfschlatter hatgegeben mit der Mahnung, daß die Verbotszeit mit dem Dienstag, den 26. Juli, abläuft.

Die von der Eisernen Front geplante öffentliche Versammlung mit dem Reichstagspräsidenten Löbe als Redner ist vom braunschweigischen Innenminister verboten worden.

öffentliche habe. Niemals habe er Beziehungen zu den Bolschewisten unterhalten. Er habe mit Baccari Verbindung gesucht, er habe aber keine Politik getrieben. Er sei niemals Anhänger der Monarchie gewesen; denn der Monarch habe sein Vaterland verraten. Als Gerauloff gefragt wurde, ob er, als er noch in Rußland lebte, mit kommunistischen Kreisen in Verbindung gestanden habe, Gerauloff verneinte und erklärte, er sei ihr Feind gewesen, nur mit Kerenki habe er sympathisiert. Auf den Einwurf des Präsidenten, daß der Zeuge Baccari das Gegenteil behauptet habe, sagte Gerauloff: der Zeuge sei ein Lügner, der ihm entgegen wolle.

Schließlich gab Gerauloff zu, als Krankenträger für die Sowjet-Union gearbeitet zu haben, aber ohne kommunistischen Verbandes gewesen sei. Diese Behauptung seien nur Nachhaken der Kommunisten gewesen. Es folgte dann das Verhör über seinen Aufenthalt in Frankreich. Er habe niemals in Frankreich gearbeitet mit Ausnahme einiger Konjunktationen. Er habe sich in Frankreich zum viertermal verheiratet und nachdem die Witwit aufgegeben worden sei, sei er mit seiner Frau nach Monaco gefahren, um wie er sagt, Geld im Spiele zu gewinnen.

Gerauloff sprach sich dann über seinen Aufenthalt in Monaco und seine Ankunft in Paris, und über die Vorgänge bei der Ermordung Doumers, die aus den feinerzeit übermittelten Mitteilungen bekannt waren, aus. Anfanglich habe er Selbstmord begangen wollen, gleichviel ob das Attentat gelinge oder nicht.

Im Anschluß daran begannen die Zeugenverbände. Die Zeugenausagen brachten über die bereits nach dem Verfall gemeldeten Ausagen nichts Neues.

Die Verhandlung wird fortgesetzt.

BR. Wiesbaden, 25. Juli. Der in Hamburg beheimatete Dampfer „Renate“ ist heute früh unweit des Fischerdories Ballast auf Gotland gesunken. Wahrscheinlich war er mit einem Brak kollidiert. Die neunstündige Beladung und der Kapitän konnten sich an Land retten.

Bremerhaven, 23. Juli. Die deutsche Fliegerin Etti Reinborn, die mit ihrem Flugzeug mehr als 30 000 Kilometer über alle fünf Erdteile zurückgelegt hat, ist in Bremerhaven eingetroffen und von einer riesigen Menschenmenge begeistert begrüßt worden.

v. Gronau in Labrador gelandet

Montreal, 25. Juli. Der „Grönland-Wal“ Wolfgang v. Gronau wurde nach einer Meldung aus Capwagh (Labrador) um 19.45 Uhr Greenwicher Zeit dort gelandet. Es herrscht dichter Nebel.

Freiheit!

Millionen marschieren in donnerndem Takt,
Millionen haben ins Zeitrad gepakt,
Millionen im Kampfe um Arbeit und Brot,
Millionen sind stärker als Hunger und Not —
Freiheit!

Millionen Kämpfer, zum Siege bereit,
Millionen Kämpfer der werdenden Zeit,
Millionen Herzen — ein einziger Schlag,
Es wälzt die Lawine mit jedem Tag —
Freiheit!

Millionen Hände, zum Schwur geballt,
Hört, wie der Schlagtruf die Straßen durchhallt,
Millionen im Ansturm — es gibt kein Zurück,
Millionenmauer der Republik —
Freiheit!

Kurt Kaiser-Büch.

Polen und der deutsche Faschismus

Warschau, 24. Juli. (SP.) Im Warschauer Stadtparlament beantragten die kommunistischen Nationaldemokraten eine Entschließung, die mit dem Satz schloß: „Alle wie ein Mann stellen wir uns in die Kampffront, um die Grenzen Polens gegen den deutschen Angriff zu verteidigen.“

Sofort nahm für die Fraktion der polnischen Sozialisten Senrol Ehrlich dazu Stellung. Er zog den Trennungsschritt zwischen dem Hitlerismus und der sozialistischen Arbeiterkraft in Deutschland, verkündete die volle Solidarität der Sozialisten Polens mit der deutschen Sozialdemokratie in gemeinamem Kampfe gegen Faschismus, Nordterror und nationalsozialistische Vertreibung. Ehrlich schloß unter den Häufeln der Rechten mit der Entbietung der wärmsten brüderlichen Grüße und Siegeswünsche des polnischen Proletariats an seine deutschen Brüder. Durch den Saal braussten die Rufe: „Soch die deutsche Arbeiterklasse! Soch der Sozialismus!“

Deutschland und das Vertrauensabkommen

BR. Berlin, 25. Juli. Wie wir von unterrichteter Seite hören, hat die Reichsregierung in der Angelegenheit des sogenannten Vertrauensabkommens nunmehr mitteilen lassen, daß sie bereit sei, sich gemäß der englisch-französischen Erklärung vom 12. Juli in den eintretenden Fällen an einem offenen Meinungs-austausch über die in der Erklärung erwähnten europäischen Fragen zu beteiligen.

Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten

BR. Mandelsloh (Kreis Neustadt), 25. Juli. Am Sonntag nachmittags hatten etwa 200 Reichsbannerleute aus Hannover mit ihren Fahrrädern eine Propagandafahrt durch verschiedene Ortschaften im Kreise Neustadt angetreten. Als sie kurz nach 1 Uhr am Sonntag mittag in Mandelsloh eintrafen, kam es in und um Mandelsloh zu Zusammenstößen zwischen den Reichsbannerleuten und ortsanwärtigen Nationalsozialisten. Es gelang den vier Landjägern, die Streitenden zu trennen. Nach Beendigung der Zwischenfälle wurde ein Motorrad und 15 Fahrräder herrenlos aufgefunden. Nach den bislang vorliegenden Meldungen der Landjäger wurden 15 bis 20 Personen verletzt.

Tagesschau

Genf, 25. Juli. Die Interparlamentarische Union nahm zu den bisherigen Ergebnissen der Abrüstungskonferenz Stellung. Es wurde eine Resolution vorgelegt, in der erklärt wird, daß die Ergebnisse des ersten Tagungsabschnittes weit davon entfernt sind, die Hoffnungen der Völker zu befriedigen. In der Aussprache übte der belgische sozialistische Delegierte Senator de Broqueure, der Belgien auch auf der Abrüstungskonferenz vertreten hat, geradezu vernichtende Kritik.

Paris, 25. Juli. Die Indo-Pazifische berichtet, teilt Donatichinomei in einem Rundtelegramm mit, daß die Japaner im Seegebiet mit Panzerschiffen und Flugzeugen einen Angriff ausgeführt haben.

Warschau, 25. Juli. Wie die Polnische Telegrammagentur aus Moskau meldet, wurde dort um drei Uhr nachmittags im Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten der Nichtangriffspakt zwischen der Republik Polen und der U.S.S.R. unterzeichnet.

Genf, 25. Juli. Infolge des Zwischenfalles ist Italien aus der Interparlamentarischen Union ausgeschieden.

Räumt auf!

Parole: Drauß!
Wählt Sozialdemokraten!

Freiheit!

Millionen marschieren in donnerndem Takt,
Millionen haben ins Zeitrad gepakt,
Millionen im Kampfe um Arbeit und Brot,
Millionen sind stärker als Hunger und Not —
Freiheit!

Millionen Kämpfer, zum Siege bereit,
Millionen Kämpfer der werdenden Zeit,
Millionen Herzen — ein einziger Schlag,
Es wälzt die Lawine mit jedem Tag —
Freiheit!

Millionen Hände, zum Schwur geballt,
Hört, wie der Schlagtruf die Straßen durchhallt,
Millionen im Ansturm — es gibt kein Zurück,
Millionenmauer der Republik —
Freiheit!

Kurt Kaiser-Büch.

Polen und der deutsche Faschismus

Warschau, 24. Juli. (SP.) Im Warschauer Stadtparlament beantragten die kommunistischen Nationaldemokraten eine Entschließung, die mit dem Satz schloß: „Alle wie ein Mann stellen wir uns in die Kampffront, um die Grenzen Polens gegen den deutschen Angriff zu verteidigen.“

Sofort nahm für die Fraktion der polnischen Sozialisten Senrol Ehrlich dazu Stellung. Er zog den Trennungsschritt zwischen dem Hitlerismus und der sozialistischen Arbeiterkraft in Deutschland, verkündete die volle Solidarität der Sozialisten Polens mit der deutschen Sozialdemokratie in gemeinamem Kampfe gegen Faschismus, Nordterror und nationalsozialistische Vertreibung. Ehrlich schloß unter den Häufeln der Rechten mit der Entbietung der wärmsten brüderlichen Grüße und Siegeswünsche des polnischen Proletariats an seine deutschen Brüder. Durch den Saal braussten die Rufe: „Soch die deutsche Arbeiterklasse! Soch der Sozialismus!“

Deutschland und das Vertrauensabkommen

BR. Berlin, 25. Juli. Wie wir von unterrichteter Seite hören, hat die Reichsregierung in der Angelegenheit des sogenannten Vertrauensabkommens nunmehr mitteilen lassen, daß sie bereit sei, sich gemäß der englisch-französischen Erklärung vom 12. Juli in den eintretenden Fällen an einem offenen Meinungs-austausch über die in der Erklärung erwähnten europäischen Fragen zu beteiligen.

Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten

BR. Mandelsloh (Kreis Neustadt), 25. Juli. Am Sonntag nachmittags hatten etwa 200 Reichsbannerleute aus Hannover mit ihren Fahrrädern eine Propagandafahrt durch verschiedene Ortschaften im Kreise Neustadt angetreten. Als sie kurz nach 1 Uhr am Sonntag mittag in Mandelsloh eintrafen, kam es in und um Mandelsloh zu Zusammenstößen zwischen den Reichsbannerleuten und ortsanwärtigen Nationalsozialisten. Es gelang den vier Landjägern, die Streitenden zu trennen. Nach Beendigung der Zwischenfälle wurde ein Motorrad und 15 Fahrräder herrenlos aufgefunden. Nach den bislang vorliegenden Meldungen der Landjäger wurden 15 bis 20 Personen verletzt.

Freistaat Baden

Die Länder und die Papenregierung

Das Organ des württembergischen Staatspräsidenten Dr. B. v. S. das Deutsche Volksblatt, teilt über die Stuttgarter Besprechung mit, daß der Reichsminister und der Reichsinnenminister den Konsens der Länder gegenüber ihr Ehrenwort versichert haben, daß eine Ausdehnung der neuen Preußen erlassenen Maßnahmen auf die anderen Länder nicht in Frage komme und daß die Reichstagswahlen programmgemäß stattfinden würden.

Das Ergebnis der Ministerkonferenz habe eine gewisse Entspannung im Verhältnis zwischen Reich und Ländern gebracht. Es sei aber nicht so, daß nun plötzlich alle Länderregierungen mit der Ablehnung der preussischen Minister einverstanden wären. Die Länder würden auch nach der Konferenz sehr wachsam sein.

Zusammenfassend erklärt das Blatt zum Schluß: Die Stuttgarter Länderkonferenz habe die Reichsregierung in wichtigen Punkten auf eine Politik festgelegt, die nicht die Politik der Nationalsozialisten ist.

Dadurch sei die Gefahr einer Revolution von oben für erste abgeklappt.

Nazihege auf Höchstthermometer

Die nationalsozialistische Hege übersteigert allmählich alles bisher Dagewesene. Was an Lug und Trug auch nur denkbar ist, wird von den Nationalsozialisten in Wort und Schrift zusammengebraut, um damit jene Männer schlecht zu machen, die nach dem Zusammenbruch mit ihrer ganzen Kraft sich bemühten, das durch die Schuld des wilhelminischen Regimes zusammengebrochene Reich zusammenzuhalten. Kleine und große Mittel werden dabei in Anwendung gebracht.

Auf den Straßen werden durch Visitenkarten nichts würdige gemeine Lügen, die bereits vor Gericht unter Verstrafung der Schuldigen gebrandmarkt wurden, verteilt. In der nationalsozialistischen Presse werden Männer, die unter größten Opfern in schwierigen Zeiten für die Einheit des Reiches eintraten, mit lügenhaften Behauptungen über separatistische Bestrebungen bedacht, um damit den Nationalsozialisten eine entsprechende Resonanz für die Forderung nach Einsetzung eines Reichskommissars für Baden zu geben, ein Eisen, das allerdings selbst für die Regierung Papen-Schleicher zu heiß ist, als daß es sie nach Ausprobieren gelüftet.

Eine andere Form der Hege bildet ein vom Führer wiedergegebenes Telegramm des nationalsozialistischen Gauleiters Wagner an den Reichsinnenminister, wonach die badische Regierung ein Uniformverbot plane, da die Uniform Anlaß zu Unruhestörungen seien, wobei der Gauleiter Wagner die Freiheit besitzt, als Beweis dazu anzubieten, daß die Sozialdemokratische Partei Ueberfälle organisiere, um Vorwand zum Vorgehen zu schaffen. Die Unerschämtheit, die in diesem Telegramm Wagners nach Berlin liegt, tritt für jeden Badener klar vor Augen, der mit anfieht, in welcher dreiste Weise Nazipropheten die Bevölkerung aufzureizen, so daß es wahrlich selbst für friedliebende Kreise schwerfällt, an sich zu halten. Und nun wagen es die Nazi, in Vertretung der Wahrheit, der Sozialdemokratie vorzumwerfen, sie würde Ueberfälle organisieren, um der Regierung einen Vorwand zum Vorgehen zu schaffen.

Dreierlei ist wohl nie gelogen worden, als mit dieser nationalsozialistischen Behauptung, die allerdings in ihrer Verlogenheit auf der gleichen Höhe respektive Tiefe steht, wie all die zahlreichen Lügen und Verleumdungen, welche die Nationalsozialisten von je her und in diesen Tagen in besonderem Maße in ein durch die schwere Arbeit gemachtes durch und durch verhetetes Volk werfen. Wir protestieren daher, sowohl gegen diese wie gegen all die anderen verlogenen Behauptungen, welche die Nationalsozialisten jetzt in den Wahlkampf werfen und fordern dabei gleichzeitig die maßgebenden Stellen auf, soweit es möglich ist, Sorge zu tragen, daß dieser geradezu überschaubaren Hege ein Damm entgegengeleitet wird. Wer jedoch nicht durch all diese Verheerungen den Verstand verloren hat, der muß, gleichviel wie er politisch eingestellt ist, sich aufbäumen gegen das Maß von Verheerung mit dem heute ein gebildetes Volk in eine Katastrophe hineingetrieben werden soll, die früher oder später sich in schlimmster Weise am deutschen Volke rächen muß. Alle Kräfte auf den 31. Juli zu konzentrieren und durch Wahl der sozialdemokratischen Liste Sorge dafür tragen, daß wieder die Vernunft in der Politik zum Siege kommt, ist daher die Aufgabe eines jeden Menschen, der nicht wünscht, daß durch eine folgenschwerere Katastrophe das deutsche Volk vollends vor die Hunde kommt.

Die Mannheimer Volksstimme macht zu dem Telegramm der badischen Nationalsozialisten nach Berlin folgende Bemerkungen: Nachdem die Nazis in Bayern und in Württemberg nach dem Vorbild ihres preussischen Kerns auch von sich aus die Einsetzung eines Reichskommissars in ihren Ländern verlangt haben, kann natürlich auch der badische Nationalsozialismus nicht ruhen. Was die Nazis für schmale Augen haben! Sie sehen sogar, was überhaupt nicht da ist. Und sie sehen es ausgerechnet zu dem schönen Zweck, damit sie die Einsetzung eines Reichskommissars auch in Baden verlangen können und damit Herr Badisch-Wagner sich heldenhaft in die Brust werfen und in dieser Postur an den Reichsinnenminister folgendes Telegramm loslassen kann:

„Reichsinnenminister, Berlin. Baden beweist dafür, daß unter Polizeibeamten für einen etwa kommenden Generallstreik gehet wird und Polizei aufgefordert wird, mitzustricken.“

Wagner, Gauleiter der NSDAP. O heiliges Solentreu, wie mag sich Herr Wagner geliebt haben, als er diese „Tat“ vollbracht hatte und wie stolz mögen seine Gesandten gewesen sein, als sie von seiner „Tat“ erfuhren. Leider ist sein Telegramm in Berlin gar nicht vor die Augen des Herrn Reichsinnenministers gekommen; denn, wie uns Herr v. G. — unsere Beziehungen zu ihm sind bekanntlich die allerersten — aus eigenem und direkt von Mund zu Ohr mitteilt, ist Herrn Badischs Telegramm, auf Grund irgend einer geheimen Anzeigungsverfälschung, unmittelbar aus den Händen des Telegrammboten in den Papierkorb geworfen, ohne daß der Adressat es überhaupt zu Gesicht bekam.

So geschieht es manchmal das Telegrammpapier und so löst sich der Inhalt; besonders wenn der aus einem Nazi-Sirn kommt.

Haupttreffer nach Mannheim gefallen

33. Mannheim, 25. Juli. Der Haupttreffer der 4. Badischen Wohlfahrtslotterie im Betrage von 6 000 Mark ist nach Mannheim gefallen.

Angriff der Nazi mit Salzsäure

Aus Offenburg wird uns geschrieben: Am letzten Samstag nachmittag machten Naziverbreder hier einen Angriff auf das Büro der Arbeiterwohlfahrt mit Salzsäure und beschädigten hierbei das Wohnhaus eines arbeitsunfähigen Bahnarbeiters. Sie hatten es auf die Fahne der Eisernen Front abgesehen. Hierbei wurde die Kleidung eines Thüringer Ferienkinder beschädigt. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß das Kind keinen weiteren Schaden erlitt. Ueber die verbrecherische Handlung herrscht hier auch in den bürgerlichen Kreisen große Erregung. Es zeigt sich, daß sich auch ein Verbrechergesindel, Fremdenlegionäre und sonst verlorene Elemente bei den Nazis befinden. Denn keine anständige Partei enthält Elemente, die einen solchen verbrecherischen Anschlag ausführen würden.

Verbrechergesindel, macht nur so weiter, die Früchte werdet ihr am Wahltag ernten!

Der Rundfunk-Anflug der Barone

Ein Rundfunkhörer schreibt uns: Der Mißbrauch des Rundfunks durch die Barone und Freiherren der Papen-Regierung nimmt allmählich Formen an, die man nicht anders mehr denn als groben Unfug bezeichnen kann. Allerdings: Die früheren Regierungen konnten sich an dieser Verwendung des Rundfunks zu politischen Zwecken ein Beispiel nehmen; so hätten sie es auch machen sollen, als sie an der Macht waren. Vieles wurde da verbrochen, wohl aus Gründen des guten Geschmacks und des Tates und des Anstandes. Die früheren Regierungen hatten es auch nicht so nötig, dauernd schlechte Taten und Leistungen durch diese Worte und Entschuldigungen am Rundfunk zu verteidigen. Dennoch aber, so wie es die Vertreter der Hitler-Papenregierung treiben, muß die Art der Verwendung des Rundfunks bei allen linksgerichteten Rundfunkhörern und bei allen Hörern die sich ein Rundfunkgerät zu anderen Zwecken, als nämlich mit Erhalten von Reichsministern heimelucht zu werden, angeschlossen haben, größten Unwillen und Protest auslösen. Es ist noch gerade das Gerüde irgend eines Papenministers oder des Reichskanzlers hören zu müssen.

Gegen diesen offenkundigen Mißbrauch des Rundfunks durch eine Regierung, die den übergroßen Teil des deutschen Volkes gegen sich hat, der bis jetzt noch jegliche Altlegitimation zur Ausübung ihres Amtes verliert, die sich nur auf die Duldung eines

Die niederträchtige Ketzle des Führer

Eine notwendige Regierungsaktion

Warum wurde der Führer auf 3 Tage verboten?

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: „Die in Karlsruhe erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung Der Führer ist vom Minister des Innern auf Grund des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausgrenzungen vom 14. Juni 1932 mit Wirkung vom 25. Juli 1932 auf die Dauer von drei Tagen verboten worden. Das Verbot umfaßt auch das im Führer-Berlag erscheinende Kopfsblatt Der Mann sowie jede andere angeleglich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihre Neuauflage anzusehen ist.“

Anlaß zu dem Verbot gab ein Artikel in der Folge 188 vom 24. Juli 1932 unter dem Schlagzeilen: „Was acht in Baden vor? Der Separatismus erhebt wieder sein Haupt! 50-km-Zone, Generalstreik und Polizei.“ Wir fordern die sofortige Einsetzung des Reichskommissars für Baden.“

Der Artikel enthält Mitteilungen über angebliche Bestrebungen in Baden, gegen das Reich nicht nur Disziplinierungspolitik zu treiben, sondern es unter Umständen ganz offen zum Bruch mit dem Reich, kommen zu lassen. Bei Unruhen sei in Baden die Haltung der Polizei entscheidend, die in den Händen des roten Ministers Moier und des bekannten Ministerialrats Bard liege. Weiter wurde behauptet, es werde in den Reihen der Polizei seitens der Eisernen Front eine unerschütterliche Hege betrieben, die nicht nur dahin zielt, die badische Polizei für den Fall eines roten Generalstreiks zu „neutralisieren“, sondern sie direkt zur Teilnahme am evtl. marxistischen Generalstreik aufzufordern. Man habe bis zum Augenblick nichts davon gehört, daß das badische Innenministerium gegen die rote Streikhege irgendwelche Schritte unternommen hätte. Es scheinen sich demnach augenblicklich in Baden ungehindert Tendenzen auszubreiten, die sich nicht nur gegen die Reichsregierung richten, sondern offensichtlich einen Anschlag auf die Einheit des Reiches bedeuten. Es sei die allerhöchste Zeit, daß die Reichsregierung in Baden nach dem Rechten sehe, bevor hier der offene Bürgerkrieg zum Ausbruch komme und die Separatistengruppe der schwarzroten Clique greifbare Gestalt annehme.

Zur Schlussfolgerung des Artikels wurde ausgeführt, die Nationalsozialisten hätten in Baden nicht das Vertrauen, daß diese Regierung mit dem absehbaren Nachdruck gegen die separatistischen Bestrebungen bestimmter Kreise Front mache. Deswegen und um einem fürchterlichen Blutvergießen, das in dem Augenblick, wo diese Kreise ihre Drohungen in die Tat umzusetzen verühten, unvermeidlich sei, vorzubeugen, forderten sie gebieterisch die sofortige Einsetzung eines Reichskommissars für Baden.

Durch die Behauptung, daß die badische Regierung Zustände in der Polizei bulde, welche die Voraussetzung zum nahe bevorstehenden offenen Bürgerkrieg seien, in dem die Nationalsozialisten dann mit Mägen und Säben, mit Säben und Ketten, mit Pulver und Blei, mit Blut und Eisen kämpfen würden, wird die badische Regierung, also das höchste Organ des badischen Staates, böswillig verächtlich gemacht. In einem amtlichen Pressecommuniqué am 22. ds. Mts. hat der badische Staatspräsident Dr. Schmidt über das Verhältnis zum Reich ausgeführt, die badische Regierung stehe absolut auf dem Boden der Reichsverfassung und sei absolut reichstreu; das habe sie nicht nur jederzeit bei dem gemeinsamen Schritt der süddeutschen Regierungen in Berlin betont, sondern auch vor etwa drei Wochen schriftlich dem Reichsinnenminister zur Kenntnis gebracht. Baden werde alle Anordnungen des Reiches ausführen, auch wenn politische oder rechtliche Bedenken dagegen beständen. Insbesondere werde Baden mit Nachdruck die Anordnungen bezüglich der öffentlichen Ruhe und Ordnung durchzuführen; es werde alles unternommen, um zu verhindern, daß Blut fließe.

Trotz dieser amtlichen Erklärung erhebt der Führer den faum verhüllten Vorwurf, die badische Regierung beanjunge separatistische Tendenzen; hierdurch wird das höchste Organ des Landes als einer niederträchtigen Infamie für

höflichen Ausländers und seiner organisierten Bürgerkriegsarmee tüchtig, muß eine Abwehr aller feindselig gesinnten, dem Boden von Geleg und Verfassung stehenden Staatsbürger organisiert werden. Nicht jeder Hörer hat sein Rundfunkprogramm zur Hand, er wird am Abend plötzlich von so einer Rede eines Papenministers überrascht, oder aber, das ursprünglich festgelegte Programm wird in letzter Stunde geändert, irgend ein Vortrag oder eine musikalische oder sonstige Unterhaltung, auf die man sich getreut hat, wird abgelehnt, weil plötzlich irgend ein Minister das Redebedürfnis bekommt, die Hörer mit seinen Regierungswissenschaften zu behelligen. Statt eines schönen Genusses hört man die Auslassungen eines Feindes der Freiheit.

Wie wäre es, wenn einmal die Millionen und aber Millionen Arbeiterhörer und alle, die sozialistisch, freiheitlich und demokratisch gesinnten Rundfunkhörer die 6 Pfennige für eine Pretestpostkarte an ihre Sendegesellschaft — bei uns den Süddeutschen Rundfunk — aufbringen würden, und in aller Schärfe sich gegen diese abendlichen unerwünschten „Darbietungen“ und Programmänderungen wendeten? Eventuell unter Ankündigung der Lösung des Rundfunkvertrags! Dafür zahlte man doch keine 2 M. Rundfunkgebühr nicht! Wir im Süden haben obsolet kein Verlangen, jeden Abend die Verteidigungs- und Berlebensreden der Papenmänner über ihre Taten, die sie tagsüber gegen das Volk verübt haben, anzuhören. Man ist zwar dickfellig und brutal in Berlin, aber dennoch: Der Versuch sollte gemacht werden, durch einen Massenprotest der Rundfunkhörer die Papenschmärer zum Schweigen zu bringen.

Endsturm

- Endsturm gegen verordnete Not!
- Endsturm für Freiheit, Arbeit und Brot!
- Endsturm gegen die Hitler-Größen!
- Endsturm der Freien gegen die Sklaven!
- Endsturm gegen Baronssozialisten!
- Endsturm gegen alle Papisten!
- Endsturm der Hungernden gegen die Satten!
- Endsturm gegen die Hakenkreuz-Ratten!
- Endsturm gegen die Volksbetrieger!
- Endsturm gegen die Hungertrier!
- Endsturm gegen den Judaspaß!
- Endsturm, Genossen! Drauf! Zugewacht!
- Es gibt kein Ermatten! Schwert immer wieder!
- Wir schämen die Freiheit! Nie zwängt ihr sie nieder!
- Endsturm zum Sieg! Hoff, das erwacht!
- Hürst für die Freiheit; in heißer Schlacht!
- Millionenbekenntnis:
- Liste 11 Sozialdemokraten!

fähig erklärt, deshalb als mit einem sittlichen Mangel behaftet und der Achtung der Volksgenossen unwürdig hingestellt.

Die Behauptungen des Führer enthalten untere eine Gesamtdarstellung lebenswichtiger Interessen des badischen Volkes. Die angeführten Tatsachen über eine Verletzung der badischen Polizei, über Zustände im öffentlichen Leben, unter denen der nahe bevorstehende Ausbruch des offenen Bürgerkrieges nur durch die sofortige Einsetzung eines Reichskommissars in Baden verhindert werden könne, sind unwahr; sie sind gezeichnet, lebhafteste Beunruhigung und tiefschmerzliche Erregung an der durch den vorgeschrittenen Wahlkampf innerlich schon stark aufgeregten Bevölkerung des Landes hervorgerufen. Mitteilungslos in so maßloser und verheerender Sprache über Verhältnisse in Baden gefahren auf das Schwerkste auch die wirtschaftliche Lage des Landes, das, wie bekannt, auf den Fremdenverkehr gerade in der Hauptzeit wesentlich angewiesen ist.

Nur die Rücksicht auf die gegenwärtige Wahlzeit hat die Regierung veranlaßt, das Verbot auf drei Tage zu beschränken. Insofern wäre im Hinblick auf die Schwerkere der vollständig aus der Luft gegriffenen verleumderischen Behauptungen des nationalsozialistischen Blattes eine weit längere Dauer des Verbotes ausgesprochen worden.“

Der Führer und die Generalstreikpläne der Eisernen Front

Man schreibt uns zum Führer-Verbot noch: Mit Recht heißt es in der Begründung des Führer-Verbotes durch das Ministerium des Innern, daß dieses Verbot nur um deswillen auf drei Tage beschränkt worden sei, weil wir in der Wahlzeit den Führer nicht vollständig aus der Luft gegriffenen verleumderischen Behauptungen des nationalsozialistischen Blattes sonst eine weit längere Dauer des Verbotes ausgesprochen worden wäre.

Tatsächlich ist das Nasiblatt seit langem nicht mit solchen freiden Behauptungen an die Öffentlichkeit getreten. Diese Behauptungen aber nicht nur falsch, sie sind auch dumm. Die Eisernen Front soll verurteilt haben, die badische Polizei für den Fall eines Generalstreiks zu neutralisieren; evtl. soll sie die Polizei zur Teilnahme an marxistischen Generalstreik auffordern. Wie die Eisernen Front die Neutralität der Polizei in Anspruch nehmen sollte und sie evtl. sogar zur Teilnahme am Generalstreik zu bewegen verurteilt hätte, ist das Geheimnis des Karlsruhe nationalsozialistischen Blattes.

Den Vogel schießt natürlich ab der bekannte nationalsozialistische Gauleiter Wagner, dessen Telegramm an den Reichsinnenminister wie folgt lautet:

„Baden beweist dafür, daß unter Polizeibeamten für einen etwa kommenden Generalstreik gehet wird und die Polizei aufgefordert wird, mitzustricken.“

Dieser junge Mann würde außerordentlich in Verlegenheit kommen, wenn er auch nur einen Beweis für seine Behauptungen liefern sollte! Wir fordern ihn trotzdem auf, es zu tun und sein lächerliches Beweismaterial der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Der Nazi-Wagner in der Konsequenz seiner Auffassung die sofortige Einsetzung des Reichskommissars für Baden fordert, braucht nicht die Absicht einer solchen Deseiche an den Freiherren v. G. zu wunder zu nehmen.

Je näher wir dem Wahltag kommen, desto ausweichender und streupflossiger geht die nationalsozialistische Presse und geben auch die nationalsozialistischen Funktionäre vom Schläge eines Wagner vor. Sie sind ihrer Sache nicht mehr sicher, deswegen solche sinnigen Behauptungen vom Generalstreik der Eisernen Front und von der Bedrohung der Einheit des Reiches durch Baden, mag wohl Herr v. G. zu diesem blöden Spiel der badischen Nationalsozialisten sagen?!



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

26. Juli.

1856 * Englischer Dramat. Bernhard Shaw. — 1885 * Sozialist Philipp Scheidemann. — 1918 Großer Munitionsarbeiterstreik in England. — 1927 * Italienische Dichterin Matilde Serao (Kriegsgegnerin). — 1930 Brünings erste Notverordnung (§ 48), Steuererhöhung.

Verteilte Rolle

Die Tiergartenblätter Badische Presse und Karlsruher Tagblatt arbeiten zur Zeit mit verteilten Rollen. Dieses Spiel wechselt gegenseitig ab. Das Ziel ist jedoch immer das gleiche, nämlich der Kampf gegen die Sozialdemokratie. So wird in der Sonntagnummer der Badischen Presse Propaganda gemacht für das Wirtschaftsprinzip des Individualismus, mit dem in der Richtung der Hugenbergschen Deutschnationalen liegenden Ziel, „die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit wieder herzustellen.“ während im Karlsruher Tagblatt Oberbaurat Dr. Dommer in gerade gegenteiliger Meinungsvertretung das Absterben dieses Liberalismus beklagt und dafür Propaganda für den Nationalsozialismus macht. Man sieht, die Tiergartenblätter stellen sich „zeitgemäß“ um, abwechselnd geht die Propaganda bald für Hugenberg, bald für Hitler durcheinander, als praktisches Beispiel wohl für die von Dommer in seinem Artikel so sehr vertretene Betonung „neudeutscher Charakterbildung“. Ja, sie haben Charakter, die neudeutschen Blätter genau so sehr, wie die neudeutschen Männer, die sich, je nachdem wie der Wind weht, auf die entsprechende Seite stellen.

Die breiten Massen des arbeitenden Volkes werden jedoch diesen „Männern“ sowohl wie diesen Blättern am 1. Juli die Antwort geben, und wir sind gespannt darauf, wie eines Tages, wenn der Wind von der anderen Seite weht, wie heute die gleichen Leute und Blätter, die heute um die Gunst von Hugenberg und Hitler kämpfen, es verstehen werden, „neutral“ und „wissenhaftlich“ sich das Mäntelchen einer neuen Velehrung umzuhängen.

Und sie hat's geschafft

Vom Flaggenkriegsplan

Der Volksfreund berichtete in seinem Samstag-Artikel „Fahnen heraus!“ von der kleinen tapferen 3-Weile-Flagge, die einen mannhaften, allerdings recht ungleichen Kampf gegen eine mindestens viermal so große Hakenkreuzfahne zu bestehen hatte. Das unmöglich Scheinende ist Tatsache geworden: Der Goliath hat das Feld geräumt! Kampfpfad: 3 Minuten vor der Hauptpost entfernt. Im übrigen ist die Gefechtslage etwas verändert. Auf beiden Seiten herrscht noch ziemlich Zurückhaltung, doch läßt sich erkennen, daß die „3 Weile“ im Vorrieden sich befinden; sie beherrschen z. B. die westliche Kaiserstraße, sie dominieren in den vorgehobenen Stadtteilen, wesshalb in der Weststadt in 2 Straßen (Goethe- und Körnerstraße) eine klare 1:3-Mehrheit für das Kamelfreuz besteht. Das einheitliche Format beweist hier die einheitliche Befehlshaberstellung; man hat also von dem vorteilhaften Angebot,

Kostenlose Lieferung der Hakenkreuzfahne und 3 Mark Entschädigung für das Heraushängen

Gebrauch gemacht. Derart günstige Angebote können wir natürlich nicht machen, wollen wir auch grundsätzlich nicht machen; Gefinnungskauf überlassen wir gerne den Nazis. Trotzdem wissen wir, daß wir auch in diesen zwei Straßen noch ein Wortlein mitzureden haben werden.

Da und dort sieht man nunmehr auch die schwarz-rot-goldene Flagge in den Kampf eingreifen. Sie wird hoffentlich noch in weit höherem Maße sich zeigen. Der gegenwärtige Kampf ist auch ein Kampf um die Republik, er ist nicht nur ein Kampf der „Drei Weile“ gegen das „Hakenkreuz“, des Fortschritts gegen die Reaktion, des kulturellen Aufstiegs gegen die Kulturbremser, die sich „Vierfruchtarmeladler“, „National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ nennen, er ist ein ausgesprochener und ganz eindeutiger politischer Kampf: Die Monarchie — die Republik! Darum Republikaner! Heraus mit dem Befennnis zur Republik, zur Weimarer Verfassung! Heraus mit der Republikanerflagge! Republikaner und Eiserner-Front-Männer! Erkennt den tiefen massenpsychologischen Inhalt dieses Flaggenkampfes! Seid aktiv! Wir sehen ein Erlahmen auf der andern Seite! Seidert euch die Front! Zeigt den Vierfruchtarmeladlern unsere Symbole, die Drei Weile und das republikanische Glaubensbekenntnis:

Schwarz-Rot-Gold!

Ein Mörder als Agitationspferd der Nazis

Der moralische Tiefstand der Nazibewegung Die Hitlerbewegung gerät immer mehr in den Sumpf, was die Tatsache wiederum beweist, daß die Karlsruher Nazis ausgerechnet

den Fememörder Schulz als Redner in einer Versammlung ausersuchen hatten. Etwas beschämig sind die Ritter vom Hakenkreuz scheint's doch, denn sie plattieren, daß Schulz angeblich wegen Fememords zum Tode verurteilt worden ist. Aber die Wahrheit ist einfach die, daß Schulz wegen Fememords zum Tode verurteilt wurde und nachher durch die Amnestie begnadigt worden ist. Und Mörder ist Mörder, ob nun Fememord oder eine andere Mordart. Jede Partei würde sich schämen, derlei Leute in ihren Reihen zu haben, aber noch viel mehr schämen, solche Verbrecher als Redner auftreten zu lassen. Aber wie Figura zeigt, haben nicht nur die gemeinsten Verbrecher Unterschlupf, ja sogar Ehrenstellen bei den Nazis, sondern auch Fememörder wie Schulz und Seines.

Das Publikum steht vor den Platafäden und schüttelt den Kopf darüber, daß eine Partei mit einem Mörder als Versammlungsdirektor noch Klame macht. Und Beamte, sowie Geschäftsleute, die doch sonst immer zu den anständigen Menschen zählen wollen, sind Mitglied einer Partei, die Fememörder noch besonders ehrt.

Sturm der Nazis auf eine schwarz-rot-goldene Fahne in der Gartenstadt

In der Gartenstadt Rippurr sind es neben politisch verirrten Geschäftsleuten und einigen Arbeitern besonders die politisch wild gemordenen Beamtenpfeifer, die sich zum Hakenkreuz zählen. Das hierunter sich mancher Beamte befindet, der seinen Aufstieg eigentlich nur der Republik zu verdanken hat, sei nur nebenbei erwähnt. Nun spielt die Häuserbesetzung auch in der Gartenstadt eine große Rolle. Als nämlich kürzlich die Gartenstadt für 25jähriges Jubiläum feierte, glaubten einige Hakenkreuzler, diesen Anlaß dazu benutzen zu müssen, um ihre Parteifahne herauszubringen. Es handelte sich hier doch um ein gemeinsames Fest der Gartenstadtbewohner, bei dem es absolut unangebracht war, seine Parteizugehörigkeit durch Beflaggen der Wohnung mittels einer Parteifahne in aller Öffentlichkeit zu zeigen. Aber was für alle Menschen selbstverständlich und für vernünftig angesehen wird, ist für die Ritter des Hakenkreuzes nicht verständlich und so besaßen nun vier Nazioten ihre Wohnung mit dem Hakenkreuz. Das Ersuchen der Gartenstadt-Leitung, die Fahnen zu beseitigen, indem das Fest doch keine Parteiangelegenheit sei, wurde nur von zweien befolgt. Die anderen ließen die Fahne hängen — wahrscheinlich hat es sich gut gelohnt für sie.

Zur Zeit sind auch die Anhänger der Eisernen Front bemüht, der Weisung ihrer Leitung folgend, die rote Fahne mit den drei Pfeilen zu zeigen. Die Hakenkreuzler tun daselbe, was ihnen umso leichter fällt, da für sie die Fahne nichts kostet, ja vielmehr sogar noch für das Heraushängen ein Trinkgeld erhalten. Keinem Eisernen Front-Menschen fiel es ein, eine Hakenkreuzfahne zu beschuldigen oder gar herunterzuholen. Anders aber die Hakenkreuzler. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag gegen 3 Uhr wurde der reinste Überfall auf die Wohnung eines Reichsbannermannes vorgenommen. Mit Latzen rüdten sie an, das nächste Objekt, dem der Anstich galt, war die schwarz-rot-goldene Fahne des Reichsbannerkameraden. Dieser erwachte und sah, wie zwei der traurigen Gestalten schon das Fahnenstück in ihren Krallen hatten, aber der Reichsbannermann wehrte sich und den Hakenkreuzlern gelang es nur noch, ein Stück von der Fahne abzureißen. Das Hakenkreuzgefingel bekam es dann mit der Angst zu tun und nahm Reißaus, das abgerissene Stück Fahnenstück als Trophäe mitnehmend. Sie werden aber bei dieser Gelegenheit erfahren haben, daß man nicht so ohne weiteres den Raub auf Fahnen ausüben kann. Wenn es allerdings richtig sein sollte, daß die Nazipartei jeden, der eine Eisernen-Front-Fahne als Beute bringt, 10.— RM. als Lohn ausbietet, dann kann man begreifen, daß sich gerade die Gartenstadthakenkreuzler so eifrig bemühen, eine solche Fahne zu erobern. Ums Geld tun diese Leute nämlich alles. Anhaltspunkte besitzen wenig, um der Täter habhaft zu werden. Aus dem Ausland kamen sie nämlich nicht.

Nazi-Flugblattverbreiter unter polizeilichem Schutz

Die nationalsozialistische „Arbeiterpartei“ ist so bei der Arbeiterhaft „beliebt“, daß sie sich nicht einmal mehr getraut, Flugblätter oder ihre Revolverblätterchen, den Josen. Führer vor den Fabrikatoren zu verteilen. Die Letzte Woche wollte sie eine „großartige“ Agitation vor den Karlsruher Fabriken vornehmen und ihr gefälliges Mißblätterchen den Proleten unentgeltlich auszubringen. Zu diesem Zweck verlangten sie aber beim Bezirksamt polizeilichen Schutz für ihre Verteiler. 8—10 Mann hoch, uniformiert, zogen sie nun unter polizeilicher Bewachung vor die Fabriken, um ihren Miß los zu werden.

Aber auf einen solchen Empfang, wie er ihnen bereitet wurde, waren die Nazikünger nicht gefaßt. Die Arbeiterhaft spuckte diesen Elementen förmlich ins Gesicht, sarris die Blättern und warf sie ihnen haufenweise vor die Füße. Es war nur dem jeweils starken Polizeiaufgebot zuzuschreiben, daß die Nazis nicht mit Spott und Schande und einer Tracht Prügel vor den Türen der Fabriken weggejagt wurden.

Recht so, diese Arbeitervertreter sollen wissen, daß die Arbeiterhaft mit desartigen Subaggestalten nichts gemein hat. Bereitet dieser Gesellschaft überall den gleichen Empfang wie bei den hiesi-

gen Metallbetrieben, und die Luft vergeht ihnen dann, den Proleten ihre Eügen- und Revolverblätterchen weiterhin anzubieten. Freie Betriebsrätezentrale.

Zu dieser Angelegenheit wird uns noch geschrieben: Bei der geschickten Flugblattverteilung verdient das Ergebnis vor einem hiesigen Werke festgestellt zu werden. Sechs Mann in Uniformen waren mit 8 hohen Stößen Zeitungen angetrückt, die sie an den Mann bringen sollten. Die Enttäuschung war groß, denn ganze 5 Exemplare wurden sie los, und zwar nahm ein Ingenieur 2 Nummern ab, ein Meister 1, ein angeblischer Techniker und ein Arbeiter je ein 1 Exemplar. Betrübt und mit abgefaßten Hosen zogen die Salzhaden ab, und sie hatten sehr viel Glück, daß ihnen von der Belegschaft nicht noch obenrein ein Freibad in der schäumenden Alb bereitet wurde. Wir verleben den Schmerz der braunen Jünglinge, müssen aber eines noch feststellen. Die Nazis sind auf den Herrn Innenminister Maier und auf seine Polizei recht schlecht zu sprechen. Am letzten Freitag waren sie aber für den Schul durch diese Polizei heralich dankbar. Das hat zwar mit Grundtreue nichts zu tun, — aber das Wasser der Alb war in dieser frühen Morgenstunde doch etwas zu kalt zum Baden.

Öffentliche Wahlversammlungen

Eiserne Front und Sozialdem. Partei Bulach-Beiertheim Heute abend um 8 Uhr findet bei gutem Wetter auf dem alten Friedhof, bei Regen im Kathausaal in Bulach eine

Öffentliche Kundgebung

der Sozialdemokratischen Partei und Eisernen Front statt, wozu die Wählerinnen und Wähler unserer Vororte um Beteiligung ersucht werden.

Redner: Reichstagskandidat Dr. Weith.

Die Eiserne Front sammelt sich um 7.45 Uhr im alten Friedhof bzw. Kathausaal.

Öffentliche Frauenversammlung

Am Freitag, den 29. Juli, abends 8 Uhr, findet im Saal III der Brauerei Schrempf, Waldstraße, eine

Öffentliche Frauenversammlung

statt mit dem Thema: „Die Frau und die Reichstagswahlen“. Referentin ist die Reichstagskandidatin Frau Maria Wehner-Mannheim. Die Genossinnen sind hierzu herzlich eingeladen mit der Bitte, zu dieser Veranstaltung auch Außenstehende mitzubringen.

Bezirk Grünwinkel mit Gartenstadt und Uffebiedlung

Sonntag, den 30. Juli, 20 Uhr, öffentliche Versammlung im Vereinsheim des Arbeiter-Turnsportvereins. Thema: „Die Reichstagswahl — der Kampf gegen Kapitalismus und Monarchistenrecht“.

Referent: Rechtsanwalt Gen. Hofmann.

Hierzu sind Volksfreundler und Parteifreunde besonders eingeladen. Von den Parteimitgliedern und den Mitgliedern der „Eisernen Front“ wird vollständiges Erscheinen erwartet. Genossen sorgt für einen guten Besuch von uns fernstehenden!

Aus Organisationen und Vereinen

Tagung des Reichsverbandes der deutschen Handelschuh- und Rabattsparevereine

Der Reichsverband der Handelschuh- und Rabattsparevereine Deutschlands hält in den Tagen vom 24. bis 27. Juli in unserer Stadt seine 30. Jahresversammlung ab. Die Organisation zählt über 33000 Mitglieder. Die dem H.R.V. zugehörigen angeschlossenen Vereine haben im letzten Jahre der herabfallenden Kundkraft den Betrag von 24,5 Millionen RM. an erspartem Rabatt ausgeschüttet, also 1,5 Millionen RM. mehr als im Jahre 1930. Die Gesamtsumme des seit der Währungsstabilisierung ausgeschütteten Rabatts hat damit den Betrag von rund 100 Millionen RM. erreicht. Für die Winterhilfe sind durch die Rabattsparevereine mehr als eine halbe Million RM. zur Verfügung gestellt worden. Der Jahresbericht des Verbandes fordert ein lückenloses Ausgabeverbot und lehnt Währungsversuche wie auch Antartiebestrebungen ab.

Am Montag vormittag wurde im Colosseumsaal der 30. Verbandstag des Reichsverbandes der Handelschuh- und Rabattsparevereine Deutschlands durch den Vorsitzenden Stabsrat Lindemann in Berlin, eröffnet. Die Tagung ist aus allen Teilen des Reiches gut besucht. Der Vorsitzende stellte in seiner Ansprache fest, daß der Reichsverband sich stets bewußt sei, daß seine Arbeit dem Vaterlande zu gelten habe. Begeistert stimmte man in das Hoch auf Deutschland ein. Ministerialrat Keller überbrachte die Grüße der Staatsregierung und des Innenministeriums, Oberbürgermeister Dr. Winter jene der Stadtverwaltung. Es sprachen noch die Vertreter verschiedener Organisationen. Den ersten Vortrag hielt Verbandsdirektor Senator A. D. Deutchen über das Thema: „Lebensrecht und Lebenswille des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes“. Weitere Vorträge betrafen die Selbsthilfe, die Besteuerung der Rabattsparevereine und die Verbandszeitung.

Letzte Kundgebung

Donnerstag, 26. Juli, abends 8 Uhr, im großen Saal der Städt. Festhalle. Parteivorsitzender

Massen heraus!

Crispien spricht!

(1) Kinderheimkehr. Am Mittwoch, 27. Juli d. J., abends 19.58 Uhr, kehren die vom Verein Jugendhilfe zur Kur in Frie...

(2) Sängerbefehle in Karlsruhe. Am heutigen Dienstag um 1/2 1 Uhr werden etwa 400 Säger, die im Anschluß an das...

(3) Der „Heitere Theaterabend“ der Rotgemeinschaft Karlsruhe kommt zur Wiederholung am Freitag, den 29. Juli 1932...

(4) Jugerverkehr am Verfassungstag. Nachdem der Verfassungstag, 11. August, in Baden als geselliger Feiertag aufgehoben...

(5) Im Stadtgarten ein Streichkonzert. Ein Mittwoch-Nachmittagsausflug in den Stadtgarten dürfte für Karlsruher...

Wasserstand des Rheins. Basel 218, gef. 12; Waldshut 407, gef. 13; Schusterinsel 288, gef. 10; Rehl 432, gef. 3; Marxau 620, gef. 3; Mannheim 540, gef. 6 Zentimeter.

Die Polizei berichtet:

Schlägerei

Zwischen mehreren Bewohnern der Baracken westlich des Bahnhofs Durlach entstand gestern Abend eine Schlägerei, bei der ein Hammer und ein Taschmesser als Waffen benutzt wurden.

Verkehrskontrolle

Bei einer gestern Abend vorgenommenen Verkehrskontrolle wurde eine Anzahl Radfahrer festgehalten und zur Anzeige gebracht.

Gestern Abend marшиerten Nationalsozialisten von Gröningen nach Berabanen in geschlossenem Zuge zu einer Wahlerversammlung in der Durlacher Festhalle durch die Hauptstraße von Durlach, so daß die Polizei einschreiten mußte.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

Bezirk Ruppurr

Seute abend 7 Uhr Treffpunkt Freier Turnerplatz beim Schloßle.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Eintrittskarten im Vorverkauf zur Griesbrennersammlung am 28. Juli sind bei sämtlichen Beitragsaffizieren der Partei, in der Volksbuchhandlung, Waldstr. 28, im Zigarrenhaus...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerbigungszeiten. 23. Juli: Anna Frey, 64 Jahre alt, Witwe von Josef Frey, Landwirt; Beerbigung am 26. Juli, 16 Uhr. — Luise Eigrift, 34 Jahre alt, Witwe von Ludwig Eigrift, Gasarbeiter; Beerbigung am 26. Juli, 17 Uhr. — Anna Sevin, ledig, 78 Jahre alt; Beerbigung am 25. Juli, 15 Uhr. — 24. Juli: Karl Reichmayer, Wiedner, Chemann, 60 Jahre alt; Beerbigung am 27. Juli, 13.30 Uhr. — Gisela, 4 Mon. 13 Tage alt, B. Wilhelm Walther, Fabrikarbeiter. — Wilhelm Stader, Schmied, Chemann, 58 Jahre alt, Ettlingen. — Vera Deß, 65 Jahre alt, Witwe von Ludwig Deß, Sägmühlensbesitzer.

Daxlanden

Frauen und Mädchen von Daxlanden!

Wir rufen Euch zu einer öffentlichen Frauenversammlung am Mittwoch, 27. Juli 1932, abends 8.30 Uhr, im Karlsruber Hof-Saal.

Genossin Kunigunde Fischer, M. d. L., spricht über: „Die Entscheidungsschlacht zwischen Kapital und Arbeit“. Wählerinnen, Frauen und Mädchen! Der Wert der Frau im Dritten Reich dürfte nach den verschiedenen Ansprüchen prominenter Nationalisten zur Genüge bekannt sein.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die Zirkone bei Ensland hat heute morgen maritime Luftmassen in unier Gebiet vorgetrieben; es kam dabei zu Regenschauern mäßiger Erheblichkeit. Auch morgen wird die maritime Strömung unsere Wetterung beherrschen.

Wetterausgaben für Mittwoch, den 27. Juli: Kahl und wechselfellig, frühweilte Niederschläge, zum Teil mit Gewitterbegleitung, wechselnde Winde.

Veranstaltungen

Dienstag, 26. Juli:

Sommeroperette: Die Geisha, 20 Uhr. Stadtpark: Konzerte, 20 Uhr. Gloria-Palast: Liebeskommödie. Programm. Kammer-Vorstellung: Kriminalreporter Dolm. Programm. Palast-Vorstellung: Das Geheimnis der roten Kage. Programm. Kaffeehaus-Vorstellung: Ein toller Einfall. Sichtbare Wolken. Kellerei und Wissenschaft. Wochenchau.

Dereinsanzeiger

Karlsruhe! Achtung! Alle im Arbeiterjüngerkartell zusammengeschlossenen Arbeiterjünger nehmen an dem am kommenden Donnerstag im großen Saale der städtischen Festhalle von der SPD. veranstalteten Kundgebung teil. Die Arbeiterjünger werden aktiv mitwirken. Das gesamte Sängerkartell wird zwei Freizeitschöre zum Vortrag bringen: 1. „Brüder zur Sonne zur Freiheit...“, 2. „Lord Bolston.“ Es ist Ehrensache eines jeden Arbeiterjüngers, an dieser Kundgebung teil zu nehmen. Die einzelnen Vereinsvorstände werden gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß die aktiven Mitglieder ihres Vereins reiflich zur Stelle sind. Der Kartellvorstand: F. Menges.

Würdet Ihr die Kaufleute unterstützen und Euren Verdienst zu jenen Geschäftsteuern tragen, die Euer Segner und damit die Segner des gesamten arbeitenden Volkes sind? Kaufe nur bei Firmen, die im Volksfreund inserieren und damit beweisen, daß ihnen an Euren Käufen auch etwas gelegen ist!

Sängerbund Vorwärts Karlsruhe. Todes-Anzeige. Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied Karl Kirchmaier aus dem Leben geschieden ist. Die Beerbigung findet Mittwoch, 27. Juli, nachmittags 1/2 2 Uhr statt. Wir erfinden unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung. Die Säger treffen sich 1/2 2 Uhr vor dem Friedhof. Die Verwaltung.

Arb.-Gefangenenverein Eintracht Ettlingen. Am Sonntag nachmittag berschied nach schwerem Leiden unser treuer Sangesgenosse Wilhelm Stader. Wir werden dem Verstorbenen ein treues Andenken bewahren. Der Vorstand. Beerbigung: Mittwoch nachmittags 1/2 6 Uhr auf dem Friedhof Ettlingen. Die Sangesgenossen und -Genossinnen treffen sich um 4 Uhr im Vokal zur Wiume.

Volksbühne Rot u. Blau abholen! Hofen, Soppeln neu u. geb., sportbil. 300.000. Mietersvereinigung Karlsruhe (e. V.)

Die Preise für unsere bekannt guten und schönen WOLL-, WASCH- und SEIDENSTOFFE HERRENSTOFFE, WÄSCHESTOFFE in unserer Saison. sind deshalb zur angenehmen Ueberraschung und zum Erstaunen aller Käufer so enorm herabgesetzt weil wir trotz der geschwächten Kaufkraft restlos räumen wollen, um die neue Saison nur mit neuen Stoffen beginnen zu können. Leipheimer & Mende

Stadtgarten. Mittwoch, 27. Juli von 16-18 1/2 Uhr: Streichkonzert. Philharmonisches Orchester. Leitung: Kapellmeister Franz Dolezel. Verbilligte Eintrittspreise. Verkauf best. Tannenholz und ein. Biennacht, beer. in Eimern u. Gläsern per Wd. 4.1.40. Martin Härdle Heidelberg. Gebrauch-Radio. 2, 3, 4- und 5-Z. Wohnungen zu vermieten. Zentralwaschküche. Dammerstock. Gebrauch-Radio. 2, 3, 4- und 5-Z. Wohnungen zu vermieten.

Friseur für 2 Tage in der Woche gefasst. Angehete mit Zahnarzt unter Nr. 3806 an b. Volkstrend. Fahnenlängen. A. Maurer. Achtung! Achtung! Neu eingeführt erstes Schwarzwälder Bauernbrot mit Sauerteig im Holzbackofen abgeben 2-Pfund-Lab 48 Pfg. 2 1/2 Pfund 82 Pfg. Ebenso. Schwarzwälder Tannenhonig Pfund 1.60 ohne Glas. Bei Mehrabnahme billiger. Speck-Weber, Waldstr. 66 Ecke Sofienstraße. Tel. 3197.

Kastatter Anzeigen. Neuwahl des Reichstags. Zur Bernahme der durch Verordnung des Reichspräsidenten auf Sonntag, den 31. Juli 1932 (Wahlzeit: 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags) angelegten Neuwahl des Reichstags werden in der Stadt Karlsruh 11 Wahlräume eingerichtet, denen die Wahlberechtigten, wie folgt, zugewiesen sind:

Wahlbezirk Nr.	Wahlberechtigte mit Namensanfangsbuchstaben	Raum des Wahlraumes	a) Wahlvorsteher b) Stellvertreter
1	A—Bo	Fruchthalleaal	a) Frey Karl, Stadtrat b) Schmitt Wlr., Kaufmann
2	Br—E		a) Frieger Karl, Stadtrat b) Freit Karl, Kaufmann
3	F—Go		a) Lebi Hugo, Stadtrat b) Kalmbacher, Hof. Kaufmann
4	Gr—He	Rathaus II Stock	a) Hoff Otto, Stadtrat b) Uble Karl, Obermeister
5	Hl—Ke		a) Sint Gust., Stadtrat b) Frant Karl, Glasmeister
6	Kl—Ku	Rathaus II Stock	a) Epple Karl, Stadtrat b) Pfand Friedr., W.-Seher
7	L—Mo		a) Nagel Karl, Stadtrat b) Klein Georg, Expedient
8	Mn—Rh	Rathaus II Stock	a) Müller Jakob, Stadtrat b) Wagner Wilh., Gerichtsbereh.
9	Rl—S (ohne Sch)		a) Schich Herm., Stadtrat b) Maier Eugen, Direktor
10	Seh und T	Rathaus II Stock	a) Eter Karl, Stadtrat b) Huff Karl, Rosenangell.
11	U—Z		a) Umbauer Eduard, Stadtrat b) Hilbert Adolf, Kaufmann

Es haben also zu wählen die Wahlberechtigten mit Namensanfangsbuchstaben A bis K im Fruchthalleaal und L bis Z im Rathaus, II. Stock. Die Wahlberechtigten werden hiermit zur Teilnahme an der Neuwahl des Reichstags eingeladen, daß die Stimmzettel amtlich herbeigeführt werden und den Wählern am Wahltag im Wahlraum abzugeben sind. Die Stimmabgabe auf dem Stimmzettel, der alle zugelassenen Kreiswahlvorschläge und die Namen der ersten 4 Bewerber jeder Wahlkreis enthält, erfolgt, indem der Wähler durch ein Kreuz oder Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise den Kreiswahlvorschlag bezeichnet, dem er seine Stimme geben will. Wähler kann nur, wer in die Wahlkartei (Wahlzettel) der Wahlberechtigten eingetragen ist oder einen Stimmzettel hat. Den eingetragenen Wahlberechtigten sind Karten mit Wahrgabe von Nr. und Lage des Wahlraumes zugestellt worden. Karten wollen zur Wahl mitgebracht werden. Stimmzettel (Stimmzettel zur Stimmabgabe außerhalb des Wahlraumes) werden nur bis Freitag, 29. Juli, abends 6 Uhr im Rathaus — Zimmer Nr. 18 — ausgeteilt. Karlsruh, den 25. Juli 1932. Der Oberbürgermeister Renner.